



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

a) Keine Separierung von Asylbewerbern aus „Sicheren Herkunftsländern“

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3611

b) Straffällige Ausländer konsequent abschieben - Ghettobildung entgegenwirken

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3731

Zu a)

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit den ihm durch Plenarbeschluss vom 20. Januar 2016 überwiesenen Anträgen, Drucksachen 18/3611 und 18/3731, am 3. Februar 2016 befasst. Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3611, zur Ablehnung.

Ferner empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Stimme der FDP, die folgende Beschlussempfehlung zu übernehmen und ihr zuzustimmen:

„Der Landtag wolle beschließen:

Integration auch in Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen

Der Landtag erkennt die besondere Belastung der Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten an. Der Landtag erkennt ebenfalls an, dass eine Umverteilung in die Kommunen unterbleiben kann, sofern ein zügiges Asylverfahren gewährleistet ist.

Für die Geflüchteten, die nicht in die Kommunen umverteilt werden, fordert der Landtag die Landesregierung auf, dennoch Zugang zu Verfahrensberatungen, sozialer Beratung und Integrationsangeboten sicherzustellen.

Eine separate Unterbringung nach Ländern oder bestimmten Gruppen von Ländern lehnt der Landtag ab, sofern dies nicht explizit dem Schutz der Geflüchteten dient. Gegen den Schutzanspruch der Geflüchteten ist abzuwägen, dass eine konzentrierte Unterbringung die Vulnerabilität nach außen erhöht.“

Zu b)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3731, zur Ablehnung.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende